

Chiles Bischöfe schweigen nicht

Ein Jahr ist seit dem Sturz *Salvador Allendes* und dem gewaltsamen Ende des „chilenischen Experiments“ vergangen, ohne daß die Militärregierung die bürgerlichen Freiheiten in dem Andenstaat wiederhergestellt hätte. Die katholischen Bischöfe äußern in zunehmendem Maße offen an den herrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen in Chile Kritik. Dabei will die Kirche — Vorsitzender und Sekretär betonten es mehrmals nachdrücklich — nicht als oppositionelle Kraft gelten, wie es im westlichen Ausland und auch in den kommunistischen Staaten gleichermaßen verstanden und dargestellt wird. Faktisch ist die katholische Kirche jedoch die einzig wirksame und von der Junta geduldete regimiekritische Stimme. Kardinal *Raul Silva Henríquez*, Erzbischof von Santiago und Wortführer der überwiegenden Mehrheit des Episkopats, setzt die moralische Kraft der Kirche ein, um das seit Volksfrontzeiten politisch zerstrittene chilensische Volk zu versöhnen. Aus den Ansprachen der letzten Monate wird deutlich, wie der Kardinal den Versöhnungsauftrag der Kirche mit dem Appell an das nationale Bewußtsein zu verbinden sucht.

Appell an das nationale Bewußtsein

Daß Chiles größte Tageszeitung „*Mercurio*“ — wie alle Presseorgane von der Junta kontrolliert — die Ansprache Kardinal Silvas zum nationalen Unabhängigkeitstag am 18. September im vollen Wortlaut abdruckte (vgl. auch *Mensaje*, Oktober 1974), spricht sowohl für die Klugheit des Kardinals als auch für eine gewisse Toleranz der Militärregierung. Unter auffälliger Nichterwähnung des jetzigen Regimes legt Silva dar, wie er als Chilene und Mann der Kirche Vergangenheit und Zukunft — die Gegenwart bleibt weitgehend ausgeklammert — seines Landes beurteilt. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen zum Unabhängigkeits-

tag stand die „gottgläubige nationale Seele“. In einem für deutsche Ohren befremdenden Vertrauen auf das Phänomen der nationalen Seele sieht der Kardinal den einzigen Ausweg aus der chilenischen Misere: zurück zur „chilenischen Identität“. Was in früheren Äußerungen des Kardinals nur anklang, erscheint jetzt in konsequenter Fortführung als Strategie, deren Wirkung auf das Volk und deren demagogische Anfälligkeit folgende Zitate verdeutlichen: „Das Vaterland erfindet man nicht, noch pflanzt man es um, denn es ist wesentlich Seele, kollektive Seele... Chile hat seine Seele und auch das schrecklichste aller Leiden, den Bruder nicht mehr zu lieben, hat Chiles Seele nicht zerstören können... Die eigene Identität ist nur in der Treue zur Tradition zu finden... Chiles Größe wächst im Schmerz... Damals befürchteten wir, daß unser Vaterland sein Antlitz und seine Seele verlieren könnte... Chile bleibt, bis zur Wiederkehr Christi, die beste Erde, die es auf der Welt gibt... Ein Volk wie Chile, aufgewachsen im Glauben an das Evangelium, läßt sich nicht aufhalten. Nichts wird seinen Weg nach oben verhindern können. Nichts, nicht einmal der unaussprechliche Schmerz der Scheidung der Geister, der eine tiefe Wunde in unserem sozialen Gefüge darstellt...“

Politische Verfehlungen stellte der Kardinal als Entfremdung von dieser „*alma chilena*“ dar: „Politische Verfolgungen und Racheakte sind der nationalen Seele fremd... Keine Ideologie darf zum Götzen werden, dem man alles, auch die Seele des Volkes opfert.“ Diese Rückkehr zur Identität, zur Versöhnung des Volkes, kann — so der Kardinal — nur unter Berücksichtigung dreier Prinzipien erfolgen: „Freiheit, Rechtssicherheit und Glauben statt Unterdrückung, Willkür und Götzendienst“. Nach einer klaren Verurteilung des „kämpferisch-atheistischen Sozialismus“ unter Allende folgte eine ebenso deutliche Absage an den „zügellosten Liberalismus“.

Zum *Verhältnis zwischen Staat und Kirche* sagte der Kardinal: „Es ist die vornehmste Aufgabe der Kirche, die Herrschaft Gottes und die Unverletzlichkeit des Menschen zu garantieren. Dieser Auftrag der Kirche führt oft zu Spannungen und einer gewissen Polarität der weltlichen Macht gegenüber. Die Kirche verhält sich nicht oppositionell, sondern kritisch-unabhängig... Deshalb sorgt sie sich vornehmlich um jeweils denjenigen, der ihr besonders bedürftig und schutzlos erscheint. Damit leistet die Kirche den loyalsten Beitrag, den eine Regierung erwarten kann.“

Spannungen dauern an

Diese „kritische Distanz“ der Kirche bekam das Regime eine Woche vor dem Nationalfeiertag noch deutlicher zu spüren. Die Kirche hatte es abgelehnt, den Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag des Militärputsches gegen Allende einen religiösen Rahmen zu geben. Lediglich Militärbischof *Javier Gillmore* und der Oberhirte von Valparaíso, Erzbischof *Emilio Tagle*, hielten am 11. September Dankgottesdienste. Innerhalb der Chilenischen Bischofskonferenz herrscht, wenn man von den oben genannten Bischöfen absieht, nach wie vor großes Unbehagen über Macht ausübung und Machtmißbrauch der Militärs. So bescheinigte der Bischof von Punta Arenas, *Tomas Gonzalez*, in einem AFP-Interview Anfang Oktober der Junta, sie respektiere die Menschenrechte mehr als in den ersten Monaten nach der Machtübernahme, fügte aber gleichzeitig hinzu, dies sei leider bei den niederen Chargen nicht der Fall. Dieser Bischof, dessen Diözese 2500 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago liegt, gab deutlich zu verstehen, die Kirche behalte sich vor, politische und wirtschaftliche Maßnahmen positiv oder negativ zu beurteilen: „Ob das den Behörden gefällt oder nicht... Die Kirche wird sich nicht in der Sakristei einschließen, um dort Weihwasser zu produzieren.“ Besonderer Anlaß zu Spannungen zwischen Kirche und staatlichen Behörden gab in den letzten Monaten das auf Grund des inzwischen in einen Belage-

rungszustand umgewandelten Kriegszustandes verhängte *Versammlungsverbot*. Wiederholtes Eingreifen der Polizei bei Versammlungen in kirchlichen Räumen veranlaßte die Bischöfe, mit dem Hinweis auf die Feier des Heiligen Jahres um Sondergenehmigungen zu ersuchen. Tatsächlich sind bis zum 31. Dezember 1974 strikt religiöse Veranstaltungen erlaubt worden. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof *Carlos Camus*, differenzierte im Sinne des Bischofs von Punta Arenas, als er in einem Interview mit der italienischen Zeitschrift „Panorama“ Mitte September nach den Staat-Kirche-Beziehungen gefragt wurde, und nannte zugleich die konkreten Konfliktstoffe.

„Im allgemeinen sind unsere Beziehungen zu General Pinochet gut, das Verhältnis zur gesamten Regierung weniger gut und in manchen Fällen eindeutig schlecht.“ Seine Kritik an der Regierung Pinochet erstreckte sich auf drei Bereiche: Mißachtung der Menschenrechte („Wir können es nicht zulassen, daß gegen die Freiheit und andere Rechte etwa durch Folterungen an politischen Häftlingen verstoßen wird“); inhumane Wirtschaftspolitik („Wir können die Wirtschaftspolitik der Regierung nicht gutheißen, weil sie die Last der gegenwärtigen schwierigen Situation ausgerechnet von den wirtschaftlich schlechtgestellten Bevölkerungsteilen tragen läßt“); ein zunehmend militarisiertes Erziehungswesen („Wir lehnen die neuen Bestimmungen der Regierung auf dem Bildungssektor und die Militarisierung der Schulen, einschließlich der Universitäten ab. Die katholische Universität wurde uns weggenommen, man hat uns versprochen, sie uns am Jahresende zurückzugeben. Aber ich weiß nicht, ob man das Versprechen hält“). Bischof Camus glaubt, daß die kirchlichen Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärs Erfolg haben, obwohl auch Rückschläge zu verzeichnen seien. Auf die Frage, ob er das Staat-Kirche-Verhältnis für die Zukunft optimistisch beurteile, antwortete Bischof Camus mit einem klaren „Nein“.

Zwiespältige Reaktionen

Die Reaktion der Regierung bzw. des Generals Pinochet auf das Bittgesuch chilenischer Kirchenführer vom 23. August, zum 11. September den Kriegszustand aufzuheben und die politischen Gefangenen freizulassen, gab Bischof Camus Recht. Pinochet ließ eine vorläufige Erwiderung bekanntgeben (31. August), in der er die Kirchen aufforderte, die Regierung im Kampf gegen den Kommunismus zu unterstützen. Am 4. September folgte eine zweite Erklärung: Pinochet bekannte sich zu den „christlichen Prinzipien“ und bezeichnete gleichzeitig die Beziehungen zur katholischen Kirche als „intensiv“. Er bedauerte jedoch, daß die katholische Kirche nicht, wie es bei anderen Religionsgemeinschaften der Fall sei (was aber nur zu einem Teil zutrifft), sein Regime „ganz und gar, ohne Einschränkung“ unterstütze. Den katholischen Bischöfen habe er zu sagen: „Sie mögen weiterhin die Regierung unterstützen, und zwar im geistlichen Bereich, jedoch ohne zu intervenieren.“

Die Antwort in der Sache bestand in der Umwandlung des Kriegszustandes in einen Ausnahmezustand, der an den politischen Verhältnissen wenig ändert, und in der Freilassung von 386 politischen Häftlingen, unter ihnen zwei ehemalige Minister aus der Regierung Allende. Nach offiziellen Angaben befinden sich danach noch etwa 2000 „Politische“ in chilenischen Gefängnissen. Internationale Organisationen sprechen dagegen von 6000 politischen Häftlingen. Außer „einigen besonders gefährlichen Fällen“ sollen, so General Pinochet bei der Massenkundgebung am 11. September, alle politischen Häftlinge freigelassen werden. Der Staatschef versäumte es nicht, seine Maßnahme propagandistisch auszunutzen, indem er an die Sowjetunion und Kuba appellierte, seinem Beispiel zu folgen und ebenfalls politische Häftlinge aus den Gefängnissen zu entlassen.

Bereits am 25. April hatte die Bischofskonferenz in einer öffentlichen Erklärung ihre „wachsende Besorgnis“ über die politische Lage des Landes aus-

gedrückt (vgl. Mensaje, Mai 1974): „Unsere Sorge gilt an erster Stelle dem andauernden Klima der Unsicherheit und der Angst, das seine Ursache unserer Ansicht nach in zahlreichen Denunzierungen, Verleumdungen, mangelnder Mitbestimmung des Volkes und fehlender Information hat.“ Diese Stellungnahme zeichnete sich durch ihre deutliche Sprache aus, mit der konkrete Mißstände beim Namen genannt wurden. Kardinal Silva sah sich denn auch genötigt, eine persönliche Erklärung hinzuzufügen, daß die vorliegende Stellungnahme die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bischöfe wiedergebe, was auf den Protest zumindest eines Amtsbruders schließen läßt.

Wenn die chilenische Bischofskonferenz in ihrer Haltung gegenüber der Militärregierung auch nicht geschlossen ist, so steht doch die Mehrheit des Episkopats eindeutig hinter dem Kardinal. Wiederholte Versuche, diesen zu isolieren oder ihn seines Amtes zu entheben — so jüngst in einer Unterschriftenaktion in Valparaiso —, haben die Stellung des Kardinals insgesamt nicht geschwächt. Einer Kampagne der Tageszeitung „La Segunda“ gegenüber Silva Henriquez begegnete die Bischofskonferenz geschlossen mit einer Solidaritätserklärung.

Warum die beiden von der Chilenischen Bischofskonferenz delegierten Bischöfe — Kardinal Silva und Bischof *José Manuel Santos* von Valdivia — nicht an der in Rom tagenden Bischofssynode teilnehmen, sondern Vertreter geschickt haben, ist noch nicht geklärt. Die Bischöfe, so Vatikansprecher Alessandrini, hätten angegeben, nicht für so lange Zeit ihrem Land fernbleiben zu können. Für die Bischofssynode hatte der chilenische Episkopat, wie von Rom angefordert, ein Vorbereitungspapier eingesandt, das eine uneingeschränkt negative Beurteilung der Allende-Ära enthält (vgl. HK, September 1974, 449). Die chilenischen Bischöfe wollten damit nach eigenen Aussagen der Weltkirche ihre spezifische Erfahrung mit dem Sozialismus Salvador Allendes zugänglich machen.